

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1967/68

FRANZ NEMSCHAK

**Nr. 26
Wien 1968**

**ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1967/68

Gliederung

	Seite
1967 — im Zeichen der Konjunkturflaute	3
Auf dem Weg zur Überwindung struktureller Schwächen	7
Konjunkturbelebung im Laufe 1968	13
Maßvolle Preis-Lohn-Politik	16
Zur Prognosetätigkeit des Institutes	18
Überwindung des „toten Punktes“ in der österreichischen Integrationspolitik	21

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1967/68

Rückblick und Vorschau

Vortrag, gehalten vor Mitgliedern und geladenen Gästen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung am 20. Dezember 1967 im Wiener Konzerthaus (Mozartsaal).

1967 — im Zeichen der Konjunkturflaute

Die österreichische Wirtschaft stand 1967 im Zeichen einer *Konjunkturflaute*. Das Sozialprodukt wuchs real nur knapp 2%. Ohne Landwirtschaft, die heuer ein besonders gutes Jahr hatte, war das Sozialprodukt nur um 1½% größer als im Vorjahr.

Dieses Ergebnis ist nicht sehr befriedigend, man muß aber bedenken, daß auch im Ausland die Konjunktur schwach war. In den europäischen OECD-Ländern ist die Wirtschaft durchschnittlich nur um 2,2% gewachsen; in der Schweiz ebenso wie in Österreich um 2%, in Großbritannien nur um 1%, in der Bundesrepublik Deutschland, dem weitaus wichtigsten Handelspartner Österreichs, sank das Sozialprodukt sogar 1% unter das Vorjahresniveau. Auch in den Vereinigten Staaten und in Kanada wuchs die Wirtschaft voraussichtlich nur um 2,8%.

An der Jahreswende 1966/67 hatte unser Institut für Österreich ein Wachstum von 1% bis 3% prognostiziert, je nachdem, welche Wirtschaftspolitik verfolgt werde.

Tatsächlich wurde ein 2%iges Wirtschaftswachstum nur erreicht, weil der Bund ein größeres Defizit in Kauf nahm und durch erhöhte öffentliche Investitionen einen stärkeren Verfall der Investitionstätigkeit verhinderte.

Im einzelnen bietet die österreichische Wirtschaft im Jahre 1967 folgendes Mosaik.

Die *Industrieproduktion* stagnierte; von 23 Industriezweigen produzierten elf weniger als im Vorjahr. Die Investitionsgüterindustrien lagen fast

durchwegs unter dem Vorjahresniveau, die Konsumgüterindustrien etwas darüber. Aufträge und Lager ließen in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Besserung erkennen.

Die *Bauwirtschaft* blieb in der ersten Jahreshälfte trotz günstiger Witterung hinter den Vorjahresleistungen zurück, da der sogenannte „Bau-skandal“ Vergabe und Durchführung der öffentlichen Aufträge verzögert hatte. Trotz Belegung der Bautätigkeit in der zweiten Jahreshälfte dürften die Bauleistungen im Jahresdurchschnitt nur um 1% höher gewesen sein als 1966.

Dagegen wartet die *Landwirtschaft* mit sehr guten Ergebnissen auf. Sie lieferte um 10% mehr Fleisch und um 8% mehr Milch als 1966, die Getreideernte übertraf die vorjährige Rekordernte um 10%, die Weinernte war die zweitgrößte, die Österreich jemals hatte. Auch die Eigenproduktion an Futtermitteln war so reichlich, daß viel (um zwei Fünftel) weniger Futtergetreide importiert werden mußte als 1966. Dank höheren Roherträgen und geringerem Sachaufwand ist die reale Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft heuer um rund 8% höher als im Vorjahr.

Der *private Konsum*, in den letzten Jahren eine Hauptstütze der Konjunktur, dürfte 1967 real um knapp 3½% höher gewesen sein als 1966 (gegen 5% im Vorjahr). Die Ursachen der Abschwächung sind hauptsächlich die geringere Erhöhung der Masseneinkommen (nominell knapp 8%, gegen 10% im Jahre 1966) und das stärkere Steigen der Preise (4% gegen 2%), teilweise eine Folge des Abbaues der Nahrungsmittelsubventionen und der Erhöhung von Tarifen. Auch die Unternehmer haben infolge ungünstiger Erträge ihren Konsum kaum gesteigert. Es wurden auch weniger langlebige Konsumgüter, insbesondere Autos, auf Kredit gekauft.

Die schwächste Stelle der österreichischen Konjunktur waren die *Investitionen*, genauer die *privaten Investitionen*. Während 1966 die Brutto-Anlageinvestitionen real mehr als 7% gestiegen waren und auch die *Lager* aufgestockt wurden, waren heuer die Anlageinvestitionen nur gleich groß wie im Vorjahr, die Lager wurden abgebaut und dämpften daher die Konjunktur.

Besonders schwach waren die Investitionen der *Industrie*. Der Investitionstest des Institutes vom Dezember 1967 stellte fest, daß die Industrie heuer um 13%, die Bauwirtschaft sogar um 33% weniger investierte als im Vorjahr. Dieser Rückgang wurde durch weit höhere Investitionen der öffentlichen Hand (+20%), der Elektrizitätswirtschaft (+7%), des Gewerbes und der Dienstleistungszweige annähernd kompensiert. Der An-

November) überstieg sie den Vorjahresstand um 6.000 bis 7.000, Mitte Dezember bereits um 10.000.

Die Zahl der *Beschäftigten* war im November um 17.500 niedriger als im Vorjahr, zum Teil weil ausländische Arbeitskräfte abgebaut wurden.

Oberflächlich betrachtet, scheint die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch immer verhältnismäßig günstig zu sein. Das Bild kann sich jedoch schon in den nächsten Monaten gründlich ändern. Viele Betriebe in strukturell notleidenden Branchen und Gebieten halten seit langem aus verschiedenen Motiven überschüssige Arbeitskräfte („versteckte Arbeitslosigkeit“). Wenn diese Arbeitskräfte trotz Konjunkturbelebung nicht vernünftig beschäftigt werden können, oder wenn diese Konjunkturbelebung längere Zeit auf sich warten läßt, muß mit umfangreicheren Entlassungen gerechnet werden.

Diese Entwicklung ist nicht negativ zu beurteilen, wenn es gelingt, die freigesetzten Arbeitskräfte mit Hilfe einer *aktiven Arbeitsmarktpolitik* in wachstumskräftige und zukunftssträchtige Produktionszweige und Betriebe überzuführen, die sich nicht unbedingt am gleichen Ort wie die notleidenden befinden müssen. Eine stärkere Belebung der Konjunktur würde diesen Prozeß erleichtern.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf: Was hat die österreichische Wirtschaftspolitik im Jahre 1967 zur Beseitigung *struktureller Schwächen* unternommen?

Auf dem Weg zur Überwindung struktureller Schwächen

Meine Antwort lautet: Sehr viel! Man hat unserer Regierung sogar vorgeworfen, daß sie zu viele Probleme und zu viele „heiße Eisen“ auf einmal angepackt und deshalb wenig Erfolg gehabt habe.

Ich teile diese Auffassung nicht. In der österreichischen Wirtschaft haben sich in den letzten 20 Jahren viele Probleme angehäuft, ihre Lösung wurde aber immer wieder hinausgeschoben, weil sie für die eine oder für die andere soziale Gruppe mit Opfern verbunden und daher unpopulär gewesen wäre. Die beiden großen Parteien glaubten, auf die Wähler Rücksicht nehmen zu müssen, ohne zu bedenken, daß ihre Versäumnisse, wenn sie sich kumulieren, die ganze Wirtschaft und in weiterer Folge das ganze Land in eine sehr prekäre Lage bringen müssen.

Leider haben wir es bereits in den „goldenen fünfziger Jahren“, spätestens aber in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, als die Schwächen unserer Wirtschaft nicht mehr zu übersehen waren, versäumt, die mehr

und mehr notleidenden Strukturen unserer Wirtschaft zu verbessern und den veränderten Angebots- und Nachfragebedingungen in der Welt anzupassen.

Ich kann hier nur im Telegrammstil die wichtigsten Maßnahmen erwähnen, die in den letzten eineinhalb Jahren zwecks Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur angebahnt wurden. Ich sage absichtlich *angebahnt* wurden, denn *Strukturpolitik* ist ein langfristiges Unternehmen, ihre Früchte reifen in der Regel nur langsam.

Im Bereich der *verstaatlichten Industrie* wurde mit der *Österreichischen Industrieverwaltungs-Gesellschaft m. b. H. (ÖIG)*, gegründet am 31. März 1967, ein Instrument geschaffen, das diesen für Österreich lebenswichtigen Bereich aus einer schweren Strukturkrise herausführen soll.

Für die *Eisen- und Stahlindustrie* mit zusammen 54.000 Beschäftigten wird eine „große Lösung“ (Fusionierung) angestrebt. Zu diesem Zweck hat die ÖIG eine englische Beratungsfirma und die Montanistische Hochschule in Leoben beauftragt, die vier großen Eisen- und Stahlerzeuger (VÖEST, Alpine, Böhler und Schoeller-Bleckmann) gründlich zu durchleuchten und konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Zunächst soll die gesamte Geschäftspolitik der Edelfstahlfirnen koordiniert werden.

Im *Eisen- und Stahlbau* ist geplant, die Schiffswerften Linz und Korneuburg zu fusionieren und die Produktionsprogramme der einzelnen Werke im Simmering-Graz-Pauker-Konzern besser aufeinander abzustimmen.

Im *Maschinenbau* sollen die Firmen Hofher & Schranz und Trauzel fusioniert werden.

Auf dem Gebiete *Chemie* stoßen die besonders expansiven Stickstoffwerke, in enger Zusammenarbeit mit der Badischen Anilin, in die Petrochemie vor, wobei auch die ÖMV Impulse erhält.

In der *Elektroindustrie* haben sich die Wiener Starkstromwerke mit der Elin-Union verschmolzen. Auf dieser Basis konnten die österreichischen Firmen mit dem deutschen Siemens-Konzern ein Abkommen erreichen, das eine Abstimmung der Produktion und des Verkaufes sowie eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprojekten vorsieht.

Die *Aluminium- und Aluminiumhalbzeug-Fabrikation* in Ranshofen wird mit Hilfe eines großen Investitionsprogrammes modernisiert.

Strukturelle Verbesserungen erfolgen aber nicht nur in der verstaatlichten Industrie, sondern auch in der *Privatindustrie*.

In der Textilindustrie z. B. arbeitet die *Chemiefaser Lenzing* mit den Farbwerken Hoechst zusammen, um künstliche Spinnstoffe (Trevira) zu erzeugen.

teil der Investitionen am gesamten Sozialprodukt wird 1967 annähernd gleich hoch sein wie 1966 (26%); es ist jedoch bemerkenswert, daß der Anteil der *Industrie* an den gesamten Investitionen, der für das Wachstum der Wirtschaft ausschlaggebend ist, von 26% (1962) auf 13% (1966) zurückgegangen ist.

Völlig konträr entwickelten sich 1967 die *Exporte* und *Importe*. Das Steigen der Exporte und das Sinken der Importe läßt sich zwar plausibel mit der allgemeinen Konjunkturlage erklären: Die schwache Binnenkonjunktur zwang viele Unternehmer, wenn auch zu gedrückten Preisen, in den Export auszuweichen und ihre Importe einzuschränken. Niemand hatte aber eine so dramatische gegenläufige Entwicklung erwartet, nämlich, daß Österreich trotz der internationalen Konjunkturschwäche (insbesondere auf unserem wichtigsten Auslandsmarkt, in der Bundesrepublik Deutschland) und trotz fühlbarer Diskriminierung in der EWG seine Exporte um 7% bis 8% erhöhen könnte (im Vorjahr waren die Ausfuhren nur um 5% gewachsen), und daß die Importe, die in den letzten drei Jahren (1964 bis 1966) durchschnittlich um fast 12% gestiegen waren, 1967 (in den ersten zehn Monaten) um 2% hinter dem Vorjahr zurückbleiben würden.

Die günstigen Exportergebnisse sind allerdings auch einmaligen Faktoren zu danken, wie dem völligen Abbau der EFTA-Zölle zu Jahresbeginn, der Aufhebung der britischen Importabgabe, der einseitigen Ausnutzung des Clearingrahmens im Osthandel und einer starken Erhöhung der Ausfuhren nach Asien.

Der Rückgang der Importe war nicht nur auf die mäßige Binnenkonjunktur, sondern auch darauf zurückzuführen, daß heuer dank guten Ernten viel weniger Nahrungs- und Futtermittel eingeführt werden mußten als in den vergangenen Jahren.

Die in diesem Ausmaß nicht erwartete gegenläufige Entwicklung der Exporte und Importe hat zumindest die *kurzfristige Prognose* über die voraussichtliche Handels- und Leistungsbilanz im Jahre 1967 über den Haufen geworfen.

Vor einem Jahr hatten wir damit gerechnet, daß die *Leistungsbilanz* 1967 ein Defizit von 7 Mrd. S aufweisen werde; tatsächlich wird der Abgang voraussichtlich nur 1,7 Mrd. S betragen, obwohl der Ausländer-Fremdenverkehr um 1 Mrd. S weniger einbrachte, als angenommen worden war. Wir hatten nicht erwartet, daß die Binnenkonjunktur und ihr Importbedarf so schwach sein würden und die Unternehmer sich so rasch und erfolgreich auf den Export umstellen könnten.

Am Beispiel der kurzfristigen Leistungsbilanzvorschau mag man erkennen, wie *schwierig und unsicher* selbst *kurzfristige Wirtschaftsprognosen* sind. Ich werde auf die Problematik der Prognose später noch etwas näher eingehen.

Da 1967, zum Teil zwecks Finanzierung des Budgetdefizites, in größerem Umfang Kapital importiert wurde, wird die *Grundbilanz der österreichischen Zahlungsbilanz* (das ist die Leistungsbilanz plus langfristigem Kapitalverkehr) einen *Überschuß* von rund 4 Mrd. S aufweisen, während sie 1966 ein *Defizit* von rund 4 Mrd. S hatte.

Die *Zahlungsbilanz*, gemessen an den Änderungen der *Währungsreserven*, wird heuer einen Überschuß von 5 Mrd. S haben (im Vorjahr hatte sie ein Defizit von 17 Mrd. S).

Der *Gold- und Devisenvorrat* der Oesterreichischen Nationalbank betrug Ende November 1967 34,7 Mrd. S, das ist der Importwert von sieben Monaten. In Zusammenhang mit der Abwertung des englischen Pfundes ist zu bemerken, daß dieses Verhältnis viel günstiger ist als in den meisten europäischen Ländern.

Auf den ersten Blick sind die *Preise und Löhne* im Jahre 1967 trotz Abschwächung der Konjunktur kräftig gestiegen. Der Verbraucherpreisindex wird im Jahresdurchschnitt um 4%, die Kollektivvertragslöhne werden um 7%, die Industrieverdienste um 7½% und die Masseneinkommen um 7% bis 8% höher sein als 1966.

Der Verbraucherpreisindex ist Anfang 1967 infolge des Abbaues der Subventionen für Milch und Brotgetreide um mehr als 1% gestiegen. Im Laufe des Jahres folgten weitere Erhöhungen von amtlich geregelten Preisen und Tarifen. Ohne diese Sondererhöhungen ist der Verbraucherpreisindex gegen das Vorjahr nur um rund 2% gestiegen.

Die Löhne wurden nach dem Auslaufen der Runde im Frühjahr nicht mehr nennenswert erhöht. Daher sind die Steigerungsraten der Tariflöhne und Verdienste von rund 11% im 1. Halbjahr auf 3% bis 4% im 2. Halbjahr zurückgegangen. Im Spätherbst hat allerdings eine neue Lohnrunde begonnen.

Auf dem *Arbeitsmarkt* hat sich die Abschwächung der Konjunktur bis vor wenigen Monaten kaum ausgewirkt. Allein die Zahl der *offenen Stellen* ist stark zurückgegangen (von 41.000 im November 1966 auf 23.000 im November 1967).

Die Zahl der *Arbeitslosen* war noch in den Sommermonaten nur geringfügig höher als im Vorjahr. Erst in den letzten Monaten (Oktober und

Kunstdünger auf einer um 10% kleineren Fläche um die Hälfte mehr als vor dem Kriege, ihre Arbeitsproduktivität ist auf mehr als das Doppelte gestiegen.

Ein aktuelles Strukturproblem besteht darin, daß die Landwirtschaft gegenwärtig zu viel Milch und Weizen für den Markt produziert; 25% der Milch und 50% des Normalweizens müssen zu Verlustpreisen verfüttert oder exportiert werden. Diese Überproduktion legt nahe, den Preis wieder stärker als Mengenregulator für Milch und Weizen wirksam werden zu lassen und der österreichischen Nachfrage nach Nahrungsmitteln anzupassen.

Die Verbesserung der Agrarstruktur wird seit 1961 mit Hilfe von „Grünen Plänen“ gesteuert. Sie beschäftigen sich mit Investitionsvorhaben großen Stils, versuchen die landwirtschaftliche Infrastruktur zu verbessern, die Landwirtschaft zu rationalisieren, Wegebauten, die ländliche Stromversorgung, Ent- und Bewässerung, Wildbachverbauungen und Flußregulierungen zu fördern. Sie sorgen für den Unterhalt von Forschungsanstalten, für Wirtschaftsförderung, fachliche Beratung, Absatzförderung und Zinsenzuschüsse für mittel- und langfristige Agrarkredite. Besonderes Augenmerk wird den Bergbauern geschenkt.

Schließlich möchte ich daran erinnern, daß die Bundesregierung schon vor mehr als einem Jahr ein Expertenkomitee mit der Ausarbeitung eines *Raumordnungsgutachtens* betraute, das die Grundlagen für eine regional ausgewogene Entwicklung der österreichischen Wirtschaft schaffen soll. (Unser Institut untersucht die ökonomischen Aspekte der Raumordnung, d. h. welche ökonomischen und sozialen Kräfte die räumliche Konzentration von Kapital und Arbeitskräften fördern und wie leistungsfähige Regionalstrukturen von ausreichender Eigendynamik geschaffen werden können.)

Unabhängig von diesem Gutachten auf Bundesebene haben die *Gemeinde Wien* und einige andere *Bundesländer* und *Städte* Expertenteams, u. a. auch unser Institut, beauftragt, ihre Wirtschaftsstrukturen zu durchleuchten und Strukturverbesserungen vorzuschlagen.

Die Berufung von Univ. Prof. Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt im März 1967 und seine Aufgabe, die Wirtschaftspolitik zu koordinieren und zu diesem Zwecke ein konjunktur- und strukturpolitisches Konzept zu entwerfen und politisch zu vertreten, unterstreicht den Willen der Bundesregierung, die schwierige wirtschaftspolitische Situation zu meistern. Ich kann auf das „Konzept Koren“ hier nicht näher eingehen. Es enthält eine eingehende Analyse der österrei-

chischen und internationalen Konjunkturlage, weist auf die Wachstumsverlangsamung und ihre Ursachen hin und skizziert im Schlußteil einige wirtschaftspolitische Schwerpunkte: Einkommenspolitik (das ist Lohn-, Preis- und Wettbewerbspolitik), Budgetpolitik, Investitionspolitik und Konjunkturpolitik.

Ich will nicht den Eindruck erwecken, als ob die Bemühungen um eine Verbesserung der österreichischen Wirtschaftsstruktur bereits große Erfolge erzielt hätten. Tatsächlich stehen wir erst *am Anfang*, ich habe schon gesagt, fast alles wurde erst *angebahnt*.

Wir haben die empfindlichen Schwächen unserer Wirtschaftsstruktur im großen und ganzen wohl erkannt und haben eine ungefähre Vorstellung, was getan werden müßte, aber wir sind schon bei den ersten bescheidenen Versuchen, Mängel zu beheben, auf größte Schwierigkeiten gestoßen.

Wir dürfen aber auch nicht zu schwarz sehen. Mein Mitarbeiter *Dr. Kausel* hat kürzlich in einer Studie darauf hingewiesen, daß sich das Schwergewicht der österreichischen Export- und Industriestruktur, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, in den letzten zehn Jahren allmählich von Rohstoffen und Halbwaren auf Fertigwaren verlagert. Der Anteil der sogenannten „Wachstumsprodukte“ (chemische Erzeugnisse, Maschinen, Verkehrsmittel und „sonstige Fertigwaren“) am österreichischen Gesamtexport ist von 22% im Jahre 1955 auf 38% im Jahre 1965 gestiegen. Diese strukturelle Verschiebung läßt, trotz empfindlichen Schwächen im Bereich der überwiegend verstaatlichten Grundindustrien, eine beachtliche industrielle Dynamik erkennen.

Kausels Optimismus wird allerdings durch einen anderen Mitarbeiter des Institutes, Professor *Dr. Rothschild*, gedämpft, der in einer Replik in den „Finanznachrichten“ von *H. Knapp* plausibel erklärt, daß der „Aufholprozeß“ Österreichs im Export von Wachstumsprodukten aus triftigen Gründen nicht ohne weiteres in die Zukunft projiziert werden könne.

Ich persönlich finde *Kausels* Feststellung ermutigend, teile aber auch *Rothschilds* Auffassung, daß sich Österreich der Export- und Produktionsstruktur der hochentwickelten westlichen Länder nur dann in absehbarer Zeit angleichen wird, wenn dieser Prozeß durch eine *zielbewußte Strukturpolitik* unterstützt wird.

Die Strukturpolitik befindet sich insofern in einem Dilemma, als die Beseitigung struktureller Schwächen, d. h. die Umschichtung von Arbeitskräften und Kapital aus minder leistungsfähigen Betrieben und Bereichen in wachstumskräftige, *immer* ungelegen kommt, in guten ebenso

Die *Steyr-Daimler-Puch* wollen die *Österreichische Automobil A. G.* erwerben, um die Erzeugung schwerer Lastkraftwagen zu konzentrieren.

Die *Österreichische Sanitär-, Keramik- und Porzellanindustrie* hat sich mit der *Keramischen Industrie Laufen* (Schweiz) zusammengeschlossen. Beide Unternehmungen wollen durch eine enge kaufmännische und technische Zusammenarbeit eine stärkere Position auf dem europäischen Markt erobern

In der *Papierherzeugung* werden große Investitionen vorgenommen, um die Produktion von Massenartikeln auf qualitativ hochwertige Papiere umzustellen.

Auf dem Gebiete *Verkehr* sollen die Österreichischen Bundesbahnen, die 1967 wieder einen Betriebsabgang von rund 3 Mrd. S haben werden, auf Grund eines „Professorengutachtens“ im Sinne besserer Wirtschaftlichkeit gründlich reformiert werden.

Wie Bundesminister *Weiß* kürzlich anlässlich einer Transporttagung erklärte, soll ein Ausbau der Infrastruktur des Verkehrs und eine vernünftige, an den Kosten orientierte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern — Schiene, Straße, Binnenschifffahrt und Luftfahrt — herbeigeführt werden. („Gesamtverkehrskonzept“ auf Grund einer langfristigen „Gesamtvorschau“)

Bundesminister *Kotzina* beauftragte eine Arbeitsgemeinschaft von Instituten und Experten, ein langfristiges *Straßenbauprogramm* auszuarbeiten. (Unser Institut hat zu untersuchen, wie sich das Verkehrsaufkommen und der Bedarf an Verkehrsflächen bis 1980 entwickeln wird, wie sich Straßenbauten auf die Konjunktur auswirken und ob in Österreich ähnliche Finanzierungsmethoden angewendet werden können wie im Ausland.)

Das Bundesministerium für *Unterricht* arbeitete, im Rahmen eines großen OECD-Projektes, unter Mitwirkung zahlreicher Stellen, einen langfristigen Plan über das Bildungswesen in Österreich aus. (Unser Institut lieferte einen wichtigen Beitrag: Bildungsplanung und wirtschaftliches Wachstum; Der Bildungsbedarf in Österreich bis 1980.)

Das Bundesministerium für *Finanzen* bedient sich der kurz- und mittelfristigen Prognosen des Institutes, um sich über die *strukturellen* Schwächen des Budgets klarzuwerden und Abhilfe zu schaffen.

Das *Sozialministerium* plant ein Institut für Arbeitsmarktforschung. Bereits 1967 wurde ein *Beirat für Arbeitsmarktpolitik* (mit mehreren Arbeitsausschüssen) ins Leben gerufen, der die Auswirkungen der Wachstums- und Konjunkturpolitik auf den Arbeitsmarkt studieren und Vorschläge für eine

möglichst friktionsfreie Umschulung und Umschichtung von Arbeitskräften erstatten soll. (Auch hier erfüllt unser Institut eine wichtige Aufgabe.)

In der *Energiewirtschaft* soll durch eine sinnvolle Koordination der vier Rohenergieträger — Kohle, Erdöl, Erdgas und Elektrizität — auf lange Sicht eine optimale Versorgung mit Energie erreicht werden („Energiekonzept“).

Über die Produktions- und Absatzlage in der Kohlen-, Erdöl- und Erdgaswirtschaft liegen bereits Untersuchungen und Detailpläne vor. In der Elektrizitätswirtschaft verhandeln Verbund- und Landesgesellschaften über ihre Ausbaupolitik und über die gemeinsame Errichtung eines Atomkraftwerkes.

Österreich bewirbt sich mit guten Aussichten um den Auftrag, für das Europäische Kernforschungszentrum (CERN) im Waldviertel (Niederösterreich) ein Protonen-Synchrotron errichten zu können, und erklärte sich bereit, am Bau und Betrieb teilzunehmen. Die Verwirklichung dieses bedeutenden internationalen Projektes (13 Mrd. S, davon müßte Österreich nur 200 Mill. S aufbringen) würde nicht nur der österreichischen Wirtschaft, sondern auch unserer Wissenschaft starke Impulse verleihen.

In die seit Jahren zementierte, in vieler Hinsicht unbefriedigende *Wohnungswirtschaft* wurde durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 und das Mietrechtsänderungsgesetz eine erste Bresche geschlagen. Auch die Gemeinde *Wien* plant eine Wohnbaureform. Das Ziel ist ein größeres Angebot qualitativ guter Wohnungen, das teilweise dadurch erreicht werden soll, daß die Bewerber um Wohnungen in höherem Maße als bisher Eigenmittel beizustellen haben.

Die österreichische *Landwirtschaft* befindet sich seit Jahrzehnten in einem tiefgehenden Umwandlungsprozeß. Von 1937 bis 1967 ist die Zahl der in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen fast auf die Hälfte (575.000) zusammengeschmolzen; allein im Jahre 1967 sind 20.000 Erwerbstätige aus der Landwirtschaft in andere Berufszweige abgewandert.

Obwohl jährlich 25.000 ha Boden kommassiert werden, ist die Betriebsstruktur der Landwirtschaft noch immer sehr ungünstig (die Hälfte aller Betriebe hat weniger als 5 ha Boden). Mindestens eine halbe Million Hektar müßten noch zu größeren Feldkomplexen zusammengelegt werden.

Trotz dieser ungünstigen Struktur erzeugt die Landwirtschaft gegenwärtig dank intensiver Rationalisierung und Verwendung von viel mehr

Die Ergebnisse des soeben abgeschlossenen Investitionstestes des Institutes sind wenig ermutigend. Industrie und Bauwirtschaft werden 1968 abermals weniger investieren als 1967, die Industrie —7%, die Bauwirtschaft —16%. Dabei ist zu bedenken, daß die Industrie bereits 1967 um 13% und die Bauwirtschaft sogar um 33% *weniger* investiert hat als 1966.

Die Unternehmer pflegen zwar ihre Dispositionen rasch zu ändern, wenn sich die Auftragslage bessert. Ihre pessimistischen Angaben zeugen jedoch von einer geringen Investitionsneigung, die selbst wieder die Folge einer anhaltend *schlechten Ertragslage* ist.

Da die Produktivität in der Industrie in den letzten beiden Jahren (1965/66) nur um 3 6% und 5 1%, die Verdienste jedoch um 9% und 12% gestiegen sind, haben sich die *Arbeitskosten* je Produktionseinheit um rund 6% erhöht, während sie gleichzeitig in den europäischen Industrieländern der OECD nur um 3% bis 4% gestiegen sind. Diese Entwicklung hat die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowohl auf den Auslandsmärkten als auch im Inland beeinträchtigt.

Dazu kommt die wachsende *Diskriminierung in der EWG*, die durch den Abbau der Zölle in der EFTA nur teilweise wettgemacht werden konnte. Die Abwertung des englischen Pfundes und einiger anderer Währungen im November 1967 hat für verschiedene Branchen (Textilien, Nahrungsmittel, Maschinen, elektrische und feinmechanische Geräte sowie andere Fertigwaren) teils in den Abwertungsländern, teils auf Drittmärkten neue Schwierigkeiten geschaffen.

Unter diesen Umständen wird die österreichische Wirtschaft 1968 nur dann von der internationalen Konjunkturbelebung profitieren und von ihr Impulse erhalten, wenn die *Arbeitskosten* in Österreich nicht stärker, sondern *möglichst weniger stark steigen als im Ausland*.

Es ist daher dringend notwendig, daß die Unternehmer wieder *höhere Erträge* erzielen und damit in die Lage versetzt werden, in größerem Umfang als bisher zu investieren.

In der Bundesrepublik Deutschland plädierte der sozialistische Wirtschaftsminister Prof. Schiller für eine „soziale Symmetrie“ und meinte damit, daß in der gegenwärtigen Konjunkturphase die Unternehmergewinne, aus denen hauptsächlich die Investitionen finanziert werden, wieder stärker wachsen müßten als die Löhne, die in den letzten Jahren der Produktivität und den Erträgen der Unternehmer davongeeilt sind.

Tatsächlich zielt die Wirtschaftspolitik in Deutschland 1968 darauf ab, Löhne und Gehälter möglichst stabil zu halten und die Unternehmer-

gewinne kräftig steigen zu lassen. Das Berliner Institut für Wirtschaftsforschung nimmt an, daß 1968 die Nettolöhne und -gehälter nur um 1%, die Nettogewinne jedoch um 13% steigen werden.

Maßvolle Preis-Lohn-Politik

Aus verschiedenen Gründen hielte ich es nicht für zweckmäßig, wenn in Österreich 1968 Löhne und Gehälter überhaupt nicht stiegen, wohl aber, daß sich die Sozialpartner über eine maßvolle Preis-Lohn-Politik ausdrücklich oder stillschweigend verständigen.

Ein realer *Lohnstopp*, das heißt Lohnerhöhungen nur im Ausmaß der Preiserhöhungen, kann nicht nur den Gewerkschaften nicht zugemutet werden, sondern ist auch konjunkturpolitisch nicht empfehlenswert. Die Masseneinkommen sind eine wichtige Stütze der Konjunktur. Andererseits läßt sich die Konjunktur nicht einfach durch Erhöhung der Masseneinkommen sichern, ohne Rücksicht auf die Ertragslage und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Auch eine bestimmte *Lohnleitlinie*, sagen wir höchstens 5%, würde ich nicht mehr empfehlen. Sie wäre eine imaginäre, bloß gedachte Größe, ein sehr grober Kompaß für die Lohnpolitik. Sie kann, wie die Erfahrungen lehren, mehr Schaden als Nutzen stiften. In den USA erlitt die Lohnleitlinien-Politik Schiffbruch.

Es gibt Branchen und Betriebe, die sich gegenwärtig nicht einmal eine 1%ige Lohnerhöhung leisten können. Sie sehen sich am Rande der „roten Ziffern“ und mögen selbst entscheiden, ob sie Lohnerhöhungen vornehmen und Arbeitskräfte entlassen oder auf beides verzichten wollen.

Natürlich gibt es auch Branchen und Betriebe, die leicht mehr zahlen können, als die Lohnleitlinie vorschreibt, und auch tatsächlich mehr zahlen.

Auf Betriebe, die exportieren müssen oder von der Importkonkurrenz bedrängt werden, braucht die Lohnpolitik kaum mäßigend einzuwirken. Sie können sich, zumindest gegenwärtig, keine übermäßigen Lohnerhöhungen leisten, ohne sich selbst das Wasser abzugraben.

Dagegen sollte sich die Preis- und Lohn-Politik auf jene Produkte konzentrieren, deren Preise amtlich geregelt sind, praktisch nur für das Inland erzeugt werden, keine nennenswerte Importkonkurrenz zu fürchten

wie in schlechten Konjunkturzeiten. Ist die Konjunktur schlecht, dann treten zwar die Strukturmängel deutlicher hervor und man ist eher geneigt einzusehen, daß es so nicht weitergehen kann. Aber es ist dann schwierig, freigesetzte Arbeitskräfte anderswo unterzubringen. Daher geschieht nichts. Ist die Konjunktur aber gut, dann schöpfen auch strukturell notleidende Betriebe neue Hoffnung und glauben, alles beim alten lassen zu können.

In Österreich gibt es bereits so viele eindeutig strukturell notleidende Branchen, Betriebe und Regionen, daß wir in guten Konjunkturzeiten keinen Augenblick zögern sollten, die erforderlichen, wenn auch manchmal schmerzhaften Maßnahmen zu treffen.

Daher soll die Wirtschaftspolitik auch *aus strukturellen Gründen* der Belebung und Sicherung einer *guten Konjunktur* größte Aufmerksamkeit schenken.

Konjunkturbelebung im Laufe 1968

Bekanntlich stellt unser Institut, im Einvernehmen mit Regierung und Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, jedoch unabhängig und in eigener Verantwortung, jährlich *kurzfristige Prognosen* über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Wir werden dabei von den Experten der Sozialpartner, der Hoheitsverwaltung und der Nationalbank tatkräftig unterstützt, ihre Informationen und Anregungen sind für unsere Prognosestätigkeit außerordentlich wertvoll. Das Institut schätzt, daß die österreichische Wirtschaft im Jahre 1968 um 2% bis 3% wachsen wird. Voraussichtlich wird das Wachstum in der ersten Jahreshälfte schwächer und in der zweiten kräftiger sein.

Die Erwartungen einer leichten Belebung der österreichischen Konjunktur stützen sich teils auf *autonome Auftriebskräfte* in Österreich selbst, teils auf die im ganzen *positiven Konjunkturerwartungen im Ausland*.

Die *OECD* sowie die meisten staatlichen und privaten Forschungsinstitute in den westlichen Ländern erwarten für 1968 keine dramatische, aber doch eine fühlbare Belebung der Konjunktur.

Die *Bundesrepublik Deutschland*, die 1967 einen bemerkenswerten Rückschlag hinnehmen mußte (das Sozialprodukt sank 1% unter den Vorjahresstand und die Zahl der Arbeitslosen stieg zeitweise über 600.000), erwartet eine ziemlich kräftige Belebung. *Frankreich* rechnet mit einer mittleren Zuwachsrate, *Italien* mit einer Fortsetzung der Expansion. Ähn-

liche Prognosen liegen für die meisten westeuropäischen Länder vor. Nur in *Großbritannien* wird sich das Wachstum bloß mäßig beschleunigen, weil die Wirtschaftspolitik in erster Linie auf den Ausgleich der Zahlungsbilanz bedacht sein muß. Für die europäischen *OECD-Länder insgesamt* lautet die Wachstumsprognose für 1968 +3,8%, für die *OECD* einschließlich *USA* und *Kanada* sogar +4,7%.

Österreichs Wirtschaft wird indessen nur dann um 2% bis 3% wachsen, wenn es gelingt, die *internationale Konjunktur* auszunützen und die bescheidenen Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung im eigenen Lande, insbesondere durch die *restlose und rasche Verwirklichung des Eventualbudgets, wahrzunehmen*. Denn abgesehen von der Entwicklung der Lager, die eine leichte Belebung der Produktion versprechen, sind die Konjunkturaussichten in Österreich, im Augenblick wenigstens, nicht sehr rosig.

Die *Exporte* werden, wenn die internationale Konjunktur hält, was sie verspricht, voraussichtlich um 6% bis 7% steigen. Diese Erwartung stützt sich vor allem darauf, daß der starke Rückgang der Exporte in die Bundesrepublik Deutschland vom Jahre 1967 zumindest teilweise wettgemacht werden kann.

Die *Importe* werden voraussichtlich um 7% steigen (1967 sind sie um 2% gefallen), vor allem weil im Zuge der Konjunkturbelebung wieder mehr Rohstoffe und Investitionsgüter eingeführt werden müssen.

Die *Leistungsbilanz* (Handels- und Dienstleistungsbilanz) wird, ähnlich wie 1967, ein Defizit von 2 Mrd. S, die Grundbilanz (Leistungsbilanz plus langfristiger Kapitalverkehr) einen Überschuß von 3 Mrd. S (1967: 4 Mrd. S) aufweisen.

Der *private Konsum* wird 1968 eher etwas schwächer (3%) als 1967 (3½%) wachsen, weil die Masseneinkommen real höchstens so stark steigen werden wie 1967. (Die Lohnsumme wird sich sogar um 1½ Prozentpunkte weniger erhöhen, die Massenkaufkraft dürfte jedoch dank der Lohnsteuersenkung annähernd gleich steigen.)

Von den *öffentlichen Investitionen* ist im nächsten Jahr kein so starker Auftrieb zu erwarten wie 1967. Selbst wenn das gesamte Eventualbudget (24 Mrd. S) verwirklicht würde, werden die Investitionen des Bundes nur um 10% steigen, gegen 20% im Jahre 1967. Ohne Eventualbudget würde überhaupt nicht mehr als 1967 investiert werden.

Das Schicksal der Konjunktur 1968 hängt daher in hohem Maße von den *privaten Investitionen* ab.

heit bestimmte Regelmäßigkeiten und Zusammenhänge aufdecken und bei aller Vorsicht Hinweise geben, wie sich die Wirtschaft voraussichtlich entwickeln wird. Schließlich können die Wirtschaftsforscher auch Kriterien aufstellen, die eine Fehlprognose bereits in einem relativ frühen Stadium erkennen lassen.

Ich habe dieser Einschätzung von Wirtschaftsprognosen durch unseren Präsidenten nicht viel hinzuzufügen. Langjährige Erfahrungen haben mich belehrt, wie schwierig und unsicher selbst kurzfristige Prognosen sind, auch wenn man gewissenhaft, kenntnisreich und ohne Vorurteile zu Werke geht.

Vor einem Jahr haben wir zwar das Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1967 (1% bis 3%) ziemlich genau vorausgesagt, aber wir haben uns in der Leistungs- und Zahlungsbilanz geirrt. Jetzt, im nachhinein, können wir natürlich ganz genau erklären, warum es so und nicht anders gekommen ist.

Fehlprognosen können uns jedoch nicht entmutigen. Wir sind nicht so überheblich, zu glauben, daß wir unfehlbar wären. Fehlprognosen sind für uns vielmehr ein Ansporn, noch gründlicher als bisher zu arbeiten. Je tiefer wir in den Konjunkturablauf eindringen, und je besser es uns gelingt, richtige *Diagnosen* zu stellen, um so verlässlicher werden auch unsere *Prognosen* werden.

Im übrigen erfüllen Prognosen häufig nicht ihren Zweck, wenn sie genau eintreffen. Im Gegenteil, ungünstige Prognosen sollen gar nicht eintreffen, sondern die Wirtschaftspolitik alarmieren und veranlassen, rechtzeitig Abhilfe zu schaffen.

Die Voraussagen des Institutes beschränkten sich bisher (seit 1963) hauptsächlich auf *kurzfristige* Prognosen. Sie erfassen einen Zeitraum von zwölf bis 18 Monaten und werden vierteljährlich revidiert. Das Budget des Bundes für das nächste Jahr und unser Ausblick auf die Konjunktur an der Jahreswende stützen sich auf diese kurzfristigen Prognosen, die mit Hilfe der vorausschauenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erarbeitet werden.

In den letzten Jahren ist auch das Bedürfnis nach *mittelfristigen* Prognosen gewachsen. Der Finanzminister braucht sie für seine längerfristige Budgetpolitik, auch die mittelfristige Wirtschaftspolitik, die sich vor allem mit der Infrastruktur beschäftigt, kann ohne sie nicht auskommen.

Naturgemäß sind mittelfristige Prognosen (für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren) noch viel schwieriger und problematischer als kurz-

fristige Prognosen. Sie bedeuten auch für die Wirtschaftsforschung Neuland.

Unser Institut beschäftigt sich seit einiger Zeit notgedrungen mit mittelfristigen Wirtschaftsprognosen. Was wir zu bieten haben, sind methodisch einfache, wirtschaftspolitisch neutrale Extrapolationen beobachteter Entwicklungstrends. Wir bemühen uns, dieses Verfahren sowohl theoretisch als auch praktisch weiter zu entwickeln und zu verbessern.

Trotzdem sind wir uns bewußt, daß unsere mittelfristigen Prognosen nur eine Notlösung sind, die unabweisbaren Bedürfnisse der Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren zu befriedigen.

Wir begrüßen es daher sehr, daß in jüngster Zeit der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen auch auf dem Gebiete der mittelfristigen Wirtschaftsprognosen initiativ geworden ist und alle in Österreich für mittelfristige Prognosen und Teilstudien verfügbaren wissenschaftlichen Kräfte mobilisieren und zu einem leistungsfähigen Team zusammenfassen will. Man denkt dabei an die Mitarbeit verschiedener Institutionen (Ford-Institut, Nationalbank, Universitäten, Sozialversicherung u. a.) ebenso wie an einzelne Wissenschaftler. Auch unser Institut wird nach besten Kräften mitarbeiten.

Das Expertenteam für mittelfristige Wirtschaftsprognosen wird zu einem guten Teil *Grundlagenforschung* betreiben und sich auch mit wirtschaftspolitischen *Entscheidungsmodellen* befassen.

Sämtliche Arbeiten sollen von einem wissenschaftlichen *Sekretariat*, das von den Sozialpartnern mit qualifizierten Nationalökonominnen paritätisch besetzt werden wird, gesteuert und koordiniert werden. Ein wissenschaftlicher „*Aufsichtsrat*“ aus drei Professoren der Nationalökonomie wird das Sekretariat bei der Auswahl der Themen und bei der wissenschaftlichen Arbeit beraten.

Nach diesem Ausflug in das Reich der Prognosen möchte ich im *Schlußteil* meines Vortrages noch kurz über die *österreichische Integrationspolitik*, die gegenwärtig auf einem „toten Punkt“ angelangt ist, sprechen.

Auch dieses Thema enthält insofern ein *prognostisches* Element, weil ich behaupte, daß die *Zukunft unseres Landes* in hohem Maße von einer konstruktiven *österreichischen Integrationspolitik* abhängt.

Ich werde schließlich, unter realistischer Bedachtnahme auf die innen- und außenpolitische Situation, einen *Vorschlag* unterbreiten, wie m. E. der „tote Punkt“ in der österreichischen Integrationspolitik überwunden werden könnte.

haben und den Verbraucherpreisindex stark beeinflussen. Ich denke da nicht nur an Brot und Milch.

Es ist natürlich außerordentlich wichtig, daß 1968 nicht nur die Löhne, sondern auch die *Preise* nur mäßig steigen. Eine Steigerungsrate von jährlich durchschnittlich 4%, wie 1967, könnte alle Bemühungen um eine Belebung der Konjunktur zunichte machen.

Die meisten westlichen Länder rechnen mit Preiserhöhungen von 2% bis 3% (die Bundesrepublik Deutschland, unser wichtigster Handelspartner, mit 2%). Die Preise in Österreich dürfen nicht nennenswert stärker steigen, wenn wir im internationalen Wettbewerb nicht von vornherein ins Hintertreffen kommen wollen. Außerdem wäre es in diesem Falle kaum möglich, die Lohnbewegung in vertretbaren Grenzen zu halten.

Der Verbraucherpreisindex wird im Durchschnitt 1967 um 4% höher sein als im Vorjahr. Sein Abstand zum Vorjahr verringerte sich in den letzten Monaten. Mitte November betrug der Vorsprung nur noch 3,3%. Im Jänner 1968 wird der Index voraussichtlich nur um 2% bis 2½% über dem Vorjahresstand liegen, weil im Jänner 1967 Brot, Milch und die Straßenbahntarife teurer wurden, während im Jänner 1968 keine entsprechenden Erhöhungen beabsichtigt sind.

Die Aussichten, Ende 1968 auf eine Preiserhöhungsrate von nur 1½% zu kommen, wären unter diesen Umständen nicht ungünstig gewesen, wenn nicht die Erhöhung der Umsatz- und der Ausgleichsteuer dazwischengekommen wäre. Diese wird zwar den Verbraucherpreisindex nicht sofort, aber doch im Laufe von 1968 um mindestens 1% erhöhen. Die Pfundabwertung wird die Verbraucherpreise in Österreich nicht nennenswert dämpfen.

Im ganzen kann damit gerechnet werden, daß der Index der Verbraucherpreise (ohne Saisonprodukte) im Jahresdurchschnitt 1968 um etwa 3% (heuer 4%) höher sein wird als 1967, immer vorausgesetzt, daß die Lohnbewegung in engen Grenzen bleibt.

Ich gebe zu, daß die *Wachstumsprognose* von 2% bis 3% für Österreich im Jahre 1968 an einem dünnen Faden hängt. Verschiedene Bedingungen müssen zusammentreffen.

Die *internationale Konjunktur*, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, muß sich fühlbar *beleben*. Gleichzeitig muß sich die *Konkurrenzfähigkeit* Österreichs *bessern*. Die *Lager* dürften nicht mehr abgebaut, sondern müßten wieder *aufgebaut* werden. Die Unternehmer müssen wieder *höhere Erträge* erzielen und in der Lage sein, *mehr zu investieren*.

Daher müssen einige Zeit die *Gewinne stärker steigen als die Löhne*. Der *Bund* muß sein *Eventualbudget* möglichst *rasch und restlos realisieren*. Diese Bedingung kann nur erfüllt werden, wenn der Finanzminister auf den Kapitalmärkten und bei den Kreditinstituten die *erforderlichen Mittel* erhält, um das zunächst *größere Budgetdefizit* zu decken. Bei der gegenwärtigen *Liquidität* sollte dies ohne größere Schwierigkeiten möglich sein, zumal die *Nationalbank* offensichtlich großes Verständnis für die gegenwärtige Konjunkturlage aufbringt.

Welters dürfen wir nicht nervös werden, wenn es heuer eine verhältnismäßig größere *Winterarbeitslosigkeit* geben sollte. Schließlich sollten wir nicht ungeduldig werden, wenn die *Strukturschwächen* unserer Wirtschaft nur langsam überwunden werden, und zur Kenntnis nehmen, daß dieser Prozeß in verschiedener Hinsicht *Opfer* erfordern wird.

Zur Prognosetätigkeit des Institutes

Ich glaube, daß ich an dieser Stelle einige Worte über die *Möglichkeiten und Grenzen von Wirtschaftsprognosen* im allgemeinen und über die *Prognosetätigkeit unseres Institutes* im besonderen sagen muß. Ich möchte mit meiner Vorschau auf 1968 nicht den Eindruck erwecken, als fühlte ich mich als Prophet, und glaube, daß der Wirtschaftsforscher imstande sei, die künftige Entwicklung der Wirtschaft genau und sicher vorzusehen. Davon kann keine Rede sein.

Ich möchte zunächst daran erinnern, daß sich der Präsident des Institutes, *Manfred Mautner Markhof*, bereits vor zwei Jahren, in der Generalversammlung des Institutes, über dieses Thema geäußert hat.

Man solle den Wert und die Möglichkeiten von Prognosen weder über- noch unterschätzen. Es sei offenkundig, daß der Bedarf an analytisch begründeten Prognosen in der modernen, nach Rationalität strebenden Gesellschaft und Wirtschaft ständig wachse.

Andererseits können Prognosen, auch wenn sie noch so wissenschaftlich fundiert sind, den Unternehmern und Wirtschaftspolitikern das Entscheidungsrisiko nicht abnehmen. Praktische Erfahrungen, Fingerspitzengefühl und der Mut zu Entscheidungen in schwierigen und undurchsichtigen Situationen werden zumindest in der Marktwirtschaft niemals durch elektronische Rechenanlagen und ausgeklügelte Prognosemodelle ersetzt werden können. Die Wissenschaft kann jedoch den Unternehmern und den Wirtschaftspolitikern bei Entscheidungen wertvolle Hilfe leisten. Die Wirtschaftsforscher können durch eingehende Analysen der Vergangen-

Überwindung des „toten Punktes“ in der österreichischen Integrationspolitik

Es muß uns klar sein, daß Konjunktur- und Strukturpolitik Hand in Hand arbeiten müssen und nur dann Erfolge zeitigen, wenn auch die *außenwirtschaftlichen* Bedingungen so beschaffen sind, daß die Unternehmer vernünftig disponieren können

Wir hätten keinen Grund, zufrieden zu sein, wenn es uns 1968 bloß gelänge, eine Wachstumsrate zwischen 2% und 3% zu erreichen, ohne gleichzeitig mit entsprechender Strukturpolitik die Weichen für ein längerfristig befriedigenderes Wirtschaftswachstum zu stellen.

Dieses Ziel werden wir nur mit Hilfe einer *weiten strukturpolitischen Vision und mit viel wirtschaftspolitischer Tatkraft erreichen*.

Es genügt nicht, unseren Unternehmern zu raten, sie mögen sich fuslonieren und auf bestimmte Produkte spezialisieren, sie sollen mehr forschen, neue Projekte und Verfahren entwickeln, produktiver investieren und Europa-Löhne zahlen. Die Unternehmer können diese Ratschläge nur beherzigen, wenn sie wissen, wohin die „große Reise“ geht, unter welchen internationalen Umweltbedingungen sie operieren müssen, ob innerhalb größerer integrierter Räume oder weiterhin abgeschlossen in einer kleinen nationalen Volkswirtschaft, mit all ihren Schwächen.

Mit anderen Worten, unsere Unternehmer brauchen endlich „grünes Licht“ für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der EWG und auf weitere Sicht die Möglichkeit ihrer freien Entfaltung in einem großen europäischen Markt, der sich ohne weiteres mit den riesigen Wirtschaftsräumen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion vergleichen läßt.

Ein kleines Land wie Österreich kann sich nicht leicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf seiner Schwierigkeiten ziehen, so sehr es sich auch bemühen mag. Selbst England mit seinen viel größeren Hilfsquellen und Möglichkeiten gelingt das nicht. Es bemüht sich daher mit anderen EFTA-Staaten nachdrücklich um eine Mitgliedschaft bei der EWG.

Ich bin nicht der Meinung, daß die österreichische Integrationspolitik gegenwärtig zu Untätigkeit und Erfolglosigkeit verurteilt ist, weil die Beitrittsansuchen Englands, Dänemarks, Norwegens und Irlands Vorrang besitzen, Moskau seine negative Einstellung noch nicht geändert hat, Frankreich zögert und die Beziehungen mit Italien (wegen Südtirol) gespannt sind.

Ich glaube vielmehr, daß Österreich unverzüglich seine Integrationspolitik im Lichte der jüngsten Erfahrungen modifizieren und einen klaren Kurs einschlagen sollte.

Welches Schicksal auch immer der neuerlichen Initiative Englands beschieden sein mag, das hartnäckig an die Tore der EWG pocht, ob es Frankreich gegen den Widerstand der Fünf noch einmal gelingt, den Beitritt Englands zur EWG zu verzögern oder nicht, drei Aussagen können heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gewagt werden:

Erstens, daß das Europa der Sechs in absehbarer Zeit um eine Reihe weiterer europäischer Staaten erweitert werden wird, wie es von Anfang an beabsichtigt war;

zweitens, daß die EFTA nur eine Organisation auf Abruf ist, was ebenfalls schon bei ihrer Gründung versichert worden ist; und

drittens, daß die hochentwickelten Industriestaaten West- und Mitteleuropas eine Vollmitgliedschaft, mit allen Rechten und Pflichten, anstreben. Auch das ist keine Überraschung, denn der Politische Ausschuß des europäischen Parlaments hat bereits 1961 in einer gründlichen Studie (bekanntgeworden als „Birkelbach-Bericht“) diesen Weg als allein zielführend gezeigt.

Interessanterweise denken gegenwärtig nicht nur das neutrale *Schweden*, sondern auch die neutrale *Schweiz* an eine Mitgliedschaft, allerdings ohne es damit eilig zu haben. Die „Neue Zürcher Zeitung“, die der EWG bekanntlich skeptisch, wenn nicht feindselig gegenübersteht, erwähnt in ihrer Ausgabe vom 9. Dezember 1967 eine Erklärung von Bundesrat *Schaffner*, derzufolge die Schweiz auf einer Assoziation gemäß Artikel 238 des Römervertrages nicht beharre, sondern auch „neuartige Lösungsmöglichkeiten“ nicht ausschließe, vorausgesetzt, daß sie ein der wirtschaftlichen Bedeutung der Schweiz entsprechendes *Mitbestimmungsrecht* beinhalten.

Auch Österreich muß als Fernziel eine Assoziation mit Mitbestimmung bzw. eine Mitgliedschaft mit Neutralitätsvorbehalt anstreben und, da es diesen Vertragstypus noch nicht gibt, ein Abkommen „*sui generis*“.

Eine so profilierte Modifikation der österreichischen Integrationspolitik, die sich durch die jüngste Entwicklung der Europapolitik aufdrängt, ist praktisch nur möglich und erfolgversprechend, wenn sich unsere beiden großen Parteien über einen *gemeinsamen Integrationskurs* einigen.

Obwohl ÖVP-Vizekanzler Dr. *Bock* und der Obmann der SPÖ, Dr. *Kreisky*, in letzter Zeit verschiedene Ansichten zur österreichischen Integrationspolitik geäußert haben, scheint mir ein zielführender Kompromiß zwischen beiden möglich zu sein, wenn beide großen Parteien die Integra-

tionspolitik als ein nationales Anliegen betrachten und bereit sind, diese für die Zukunft Österreichs entscheidend wichtige Frage aus dem bevorstehenden Wahlkampf auszuklammern.

Vizekanzler *Bock* vertritt mit Recht die Auffassung, daß die bisherigen Verhandlungen in Brüssel erfolgreich gewesen seien und zu konkreten Ergebnissen geführt hätten: Man hat sich über die Errichtung einer gemeinsamen Zollunion und über den Osthandel weitgehend geeinigt und auf dem Gebiete Landwirtschaft zunächst ein präferenzielles Handelsabkommen ins Auge gefaßt. Über die schwierigen Probleme einer Wirtschaftsunion (zwecks Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen) und über die erforderlichen Institutionen konnten bisher nur informative Gespräche geführt werden, weil der Ministerrat der EWG der Kommission für diese Verhandlungen noch kein Mandat erteilt hat.

Dr. *Kreisky* verflcht einen „Dreistufenplan“: Da ein Abkommen Österreichs mit der EWG gegenwärtig auf zu große Schwierigkeiten stößt, solle eine „Interimslösung“ gefunden werden. Der *erste* Schritt wäre ein *Vorvertrag* im Sinne des Artikels XXIV (5) lit. c des GATT. Österreich müßte in der Präambel die Absicht erklären, in Zukunft mit der EWG eine Freihandelszone oder eine Zollunion zu bilden, und einen entsprechenden Plan vorlegen. Der *zweite* Schritt wäre ein *präferenzielles Handelsabkommen*, das die Diskriminierung der österreichischen Exporte im EWG-Raum zumindest mildern könnte und Österreich gestatten würde, weiterhin in der EFTA zu bleiben. Die *dritte* Stufe wäre eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit im geeinten Europa, sobald sich die politischen Spannungen zwischen Ost und West gelöst hätten.

Für wichtig halte ich die Bemerkungen Dr. *Kreiskys* (in der Sonntagsausgabe der „Presse“ vom 12. November 1967), daß wir unseren Verhandlungsspielraum nicht einengen sollten, indem man einzelne Möglichkeiten schon heute als „unrealistisch“ oder „undurchführbar“ bezeichnet, was in der Vergangenheit leider allzu oft geschehen ist, ferner, daß es in einem überschaubaren Zeitraum für Österreich ebenso wie für andere Staaten der EFTA „maximale Lösungen“ geben wird.

Es wäre im Augenblick kleinlich und unfruchtbar, die Integrationskonzeptionen von *Bock* und *Kreisky* im Detail zu kritisieren, denn ich glaube, daß beide Konzeptionen Elemente einer zielführenden Integrationspolitik enthalten.

Von Dr. *Kreisky* sollten wir die Idee einer „Interimslösung“ übernehmen und das endgültige Abkommen mit der EWG in Übereinstimmung und annähernd gleichzeitig mit den übrigen EFTA-Staaten ansteuern, wobei für

Österreich, wie ich bereits sagte, ein Abkommen „sui generis“, eine Mitgliedschaft mit Neutralitätsvorbehalt bzw. eine Assoziation mit Mitbestimmung in Betracht kommt.

Die „Interimslösung“ darf sich jedoch nicht auf ein präferenzielles Handelsabkommen beschränken, das praktisch nur sehr wenig einbrächte, sondern sollte jene Materie enthalten, über die Vizekanzler Dr. *Bock* in Brüssel bereits erfolgreich verhandelt hat. Mit anderen Worten, wir sollten *ehestmöglich jenes Paket, über das bereits weitgehend Übereinstimmung erzielt wurde (Zollunion, Osthandel und landwirtschaftliche Präferenzen), unter Dach und Fach bringen.*

Über die Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken und die Schaffung geeigneter Institutionen könnte später verhandelt werden.

Dieser Weg ist wahrscheinlich nicht nur für die EWG akzeptabel, sondern wäre auch für Österreich ein großer Erfolg, denn er würde uns genau das bringen, was wir für die Beseitigung der strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft so dringend benötigen: Günstige Voraussetzungen für eine Exportoffensive und für eine immer engere Verflechtung mit der dynamischen EWG.